

Studierende des Instituts für Asien- und Afrikawissenschaften
Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6

10099 Berlin

Michael Müller
Der Regierende Bürgermeister von Berlin
- Senatskanzlei –
Jüdenstr. 1

10178 Berlin

Berlin, 9. Mai 2017

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

wir bedanken uns für Ihr entschlossenes Auftreten für eine freie und unabhängige Wissenschaft in Ihrer Rede beim March for Science am 22. April. Wir würden uns freuen, wenn sich diese Überzeugung auch in der Berliner Hochschulpolitik widerspiegeln würde. Denn statt der angekündigten Förderung drohen dem Institut für Asien- und Afrikawissenschaften (IAAW) an der Humboldt-Universität zum wiederholten Male entscheidende Kürzungen von Personal - namentlich unter anderem eine Professur im Bereich der Asienwissenschaften mitsamt dazugehöriger Ausstattung und Stellen.

In Ihrer Rede beim March for Science setzten Sie ein deutliches Zeichen für freie und unabhängige Wissenschaft. „Wer diese beschädigt,“ so Sie wörtlich, „greift nicht nur das akademische Leben an, sondern unsere Gesellschaft als Ganzes – die Freiheit und die Demokratie, aber auch unseren Wohlstand.“ Sie betonten deshalb die Gefahr der Einschränkungen, Entlassungen und Inhaftierungen von WissenschaftlerInnen in anderen Ländern, sahen aber auch ganz richtig die Relevanz dieser Problematik in Deutschland, als Sie sagten: „Auch in unserem eigenen Land, in unserer eigenen Stadt stellen Populisten unsere Werte und unsere demokratische Grundordnung in Frage.“

Das Institut für Asien- und Afrikawissenschaften soll einen großen Anteil an den vom Präsidium der Universität geplanten 8%-Kürzungen innerhalb der Lehre und Forschung tragen. Diesen Plänen für Kürzungen ist keinerlei inhaltliche Auseinandersetzung vorausgegangen, sondern sie basieren einzig auf einer selektiven Interpretation von Statistiken, die weder die wissenschaftlichen Leistungen noch die gesellschaftliche Bedeutung des Instituts wiedergeben. Wie ist dieses Vorhaben mit der von Ihnen in Ihrem Wahlprogramm von 2016 angekündigten und nun wieder betonten Unterstützung der Wissenschaft zu vereinbaren? Explizit kündigten Sie vor der Wahl eine stärkere internationale Vernetzung der Wissenschaften an. Wörtlich steht in Ihrem aktuellen Wahlprogramm: „Mit Blick auf die zunehmende Globalisierung in Wirtschaft, Gesellschaft und

Kultur, angesichts der starken Einwanderung nach Deutschland und angesichts der zunehmenden Internationalisierung Berlins brauchen wir an den Berliner Hochschulen mehr wissenschaftliche Bildung und Forschung zu anderen Sprachen und Kulturen vor allem auch außerhalb Europas. Der bisherige Umfang wissenschaftlicher Beschäftigung und Ausbildung etwa zu Afrika, Vorderen Orient, Südasien entspricht nicht dem Problemdruck, auf den unsere Gesellschaft jetzt Antworten finden muss.“ (S. 53) Angesichts der angekündigten Streichungen an unserem Institut wären diese Sätze leere Wahlversprechen, sollten Sie sich in dieser Situation nun nicht für uns stark machen.

Auch ist die im Raum stehende Kürzung einer Professur in Anbetracht der Struktur des Instituts schlicht unmöglich. In den letzten beiden Jahrzehnten hat das Institut für Asien- und Afrikawissenschaften schon unter starken Kürzungen gelitten. So sind seit 1994 im Rahmen der damaligen Strukturplanung 13 Professuren eingespart worden und erst 2004 wurde die Anzahl von Professuren erneut von 16 auf 11 zusammengestrichen. Weitere Streichungen würden das inhaltliche Gesamtkonzept der Asien- und Afrikawissenschaften entscheidend in Frage stellen. An diesem interdisziplinären und transregionalen Institut leben Forschung und Lehre davon, dass Historiker_innen, Linguist_innen, Literaturwissenschaftler_innen und Ethnolog_innen miteinander im Dialog stehen und ihre Forschungen zu verschiedenen Regionen einander bereichern können. Der Wert der Regionalstudien besteht gerade in der Möglichkeit, sich mit Gesellschaften in ihrer Vielfalt zu beschäftigen. Eine Einschränkung der Kapazitäten des Instituts würde seine Fähigkeit, dieser Aufgabe gerecht zu werden, deutlich verringern.

Vielfalt zu erforschen und die so generierten Erkenntnisse in der Lehre zu diskutieren, ist jedoch von zentraler Bedeutung für politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Nicht nur finden Politik und Wirtschaft zunehmend auf globalen Ebenen statt, sondern auch unser direktes gesellschaftliches Umfeld ist Teil globaler Entwicklungen, beispielsweise im Kontext der Aufnahme von Geflüchteten aus Krisen- und Kriegsgebieten. Diese Entwicklungen brauchen Menschen, die nicht nur Interesse, sondern auch Wissen über andere Kulturen und nicht zuletzt Sprachkenntnisse mitbringen. Bereits jetzt werden immer mehr Sprach- und Kulturmittler_innen gesucht, die zum Integrationsprozess der Neuankommenden beitragen können. Diese Menschen werden am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften ausgebildet. Hier sind Sprachen wie Persisch, Paschto und Urdu feste Bestandteile des Studiums. Die geplanten Sparmaßnahmen würden eine Sprachausbildung am IAAW in der bisher vorhandenen Qualität und Intensität nicht mehr ermöglichen.

Studierende, derzeit 1400, und Absolvent_innen bringen ihr am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften erworbenes Wissen in einer Vielzahl von Berufen, in der Wissenschaft und auch durch ehrenamtliches Engagement in die Gesellschaft ein. Auch der Politik würde ohne Regionalstudien eine wichtige Basis fehlen. Sie selbst sagten beim March for Science: „Die freie Wissenschaft ist eine der wichtigsten Grundlagen für überlegtes politisches Handeln.“ Es wäre demnach nur konsequent, Regionalstudien zu fördern, statt finanzielle Mittel zu kürzen oder gar Professuren zu streichen. Dies ist für den Standort Berlin besonders wichtig, an dem Akteure aus der Wissenschaft, Politik und Wirtschaft immer wieder Kontakte nach Asien suchen. Wer soll diese Kontakte, die nötige unabhängige Fachexpertise und die Sprachkenntnisse vermitteln, wenn im Bereich der Asienwissenschaften immer weiter gekürzt wird?

Als Studierende fühlen wir uns von der momentanen Hochschulpolitik hintergangen. Sie befürworten steigende Zahlen von Studierenden und forderten in Ihrem Wahlprogramm den weiteren Ausbau von Kapazitäten. Das befürworten wir auch. Doch dazu brauchen wir auch genug Dozierende, damit wir uns in Seminaren nicht auf Fensterbänke quetschen müssen und bei Haus- und Abschlussarbeiten persönlich von Dozierenden betreut werden können, die die nötige regionale Expertise mitbringen und nicht für einen ganzen Kontinent herhalten müssen. Sie haben versprochen, Sie würden sich gegen die unsicheren Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft einsetzen. Wir erleben gerade das Gegenteil. Wie sollen wir als Studierende einen Weg in der Wissenschaft anstreben, während wir das langsame Auflösen unseres Instituts beobachten?

Wir haben uns beim March for Science gefreut, in Ihnen einen so überzeugten Verteidiger der freien und unabhängigen Wissenschaften zu finden. Damit Wissenschaften in Deutschland frei und unabhängig bleiben können, reicht es nicht, dem Populismus verbal den Kampf anzusagen. Den Instituten müssen auch genug Gelder zur Verfügung stehen, damit sie diese Wissenschaft betreiben können. Beim March for Science haben Sie der Berliner Wissenschaft Ihre Unterstützung versprochen. Wir bitten Sie deshalb, Ihren Überzeugungen und Versprechen treu zu bleiben und sich gegen die Kürzungen am IAAW und gegen eine Herabsetzung der Asien- und Afrikawissenschaften in Deutschland einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Rusudan Abshilava

Alisher Karabev

Kyara Klausmann

Elizaveta Kucherova

Saskia Lange

Mariya Petrova

sowie die Fachschaftsinitiative des IAAW
im Namen aller Studierenden des Instituts

Zur Kenntnis erhalten diesen Brief auch die Präsidentin der Humboldt-Universität, Frau Prof. Dr.-Ing. Dr. Kunst, und die Dekanin der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät, Frau Prof. Dr. von Blumenthal.

Wir behalten uns vor, diese Korrespondenz zu veröffentlichen.